

# Der Wahlkreisbrief

Neues aus dem Wahlkreis 23

1/2012

Danny Eichelbaum sendet Ihnen den Wahlkreisbrief zu seiner Arbeit als Abgeordneter im Landtag Brandenburg

## Inhalt

Neues aus dem Wahlkreis

Aktuelle Themen aus dem Landtag

Nachrichten aus dem Landkreis Teltow-Fläming

Termine im Monat April



## Neues aus dem Wahlkreis

### Umwelt: Änderung nicht nötig

Die Landesregierung Brandenburg sieht keine Notwendigkeit, Gesetze auf dem Gebiet des Umwelt- und Ordnungsrechtes zu ändern. „Hierdurch kann das Problem der Finanzierung der Entsorgung nicht gelöst werden“, heißt es jetzt in einer Antwort an die CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg. Deren Mitglieder Dieter Dombrowski und Danny Eichelbaum hatten bereits im Februar in einer Kleinen Anfrage an die Regierung die Nöte auf der Abfallanlage in Jänickendorf thematisiert und zugleich den Standort Rädigke-Neuendorf, auf dem es im vergangenen Jahr zweimal gebrannt hatte, in die Betrachtung einbezogen. Sie war auch Thema im Umweltausschuss des Landtages. In dessen Debatte war ebenfalls betont worden, dass kein Handlungsbedarf bestehe. „Untersuchungen haben ergeben, dass davon keine Gefährdung ausgeht“, betonte die zuständige Ministerin Anita Tack (Die Linke).

*Quelle: Mäerische Allgemeine Zeitung, 23.03.2012*

### Pate für Acta der Polizei gefunden - Danny Eichelbaum möchte Zeitzeugen der Geschichte erhalten helfen

Im September 2011 startete das Projekt „Aktenpaten gesucht“ im Landkreis Teltow-Fläming, um mit Hilfe von Sponsoren und privaten Geldgebern wertvolles schriftliches Kulturgut restaurieren und so auch für nachfolgende Generationen erhalten zu können.



Die Aktion startete mit der Eröffnung der aktuellen Sonderausstellung im Museum Teltow in Wünsdorf, Schirmherr ist Landrat Peer Giesecke. Der Hilferuf hat sich gelohnt, denn schon zehn Paten sind registriert. „Da sich im Bestand des Kreisarchivs TF viele Akten und Einzeldokumente aus verschiedenen Orten und Regionen des Landkreises befinden, möchte ich Trebbin, einem Ort in meinem Wahlkreis, Unterstützung zusagen“, äußerte CDU-Landtagsabgeordneter Danny Eichelbaum.

Er übernimmt die Aktenpatenschaft für die Restaurierung der „Acta der Polizei-Verwaltung zu Trebbin“, die aus dem Jahr 1899 stammt. „Ich bin ein Freund alter Geschichte und möchte so Schriftstücke unserer Region erhalten helfen. Die etwa 250 Euro Restaurierungskosten sind also bestens angelegt“, gab Eichelbaum an. Dass in einer Polizeiakte auch Baugenehmigungen aufgeführt sind, erstaunte ihn sehr. So hoffen Trebbins Bürgermeister Thomas Berger und Danny Eichelbaum auf noch viel mehr Informationen zur Stadtgeschichte.

Das Kreisarchiv behütet somit nicht nur Schätze, sondern beide Männer sehen es als „Gedächtnis des Landkreises“. Beim vor Ort-Termin fanden Thomas Berger und Danny Eichelbaum heraus, dass auch noch ein altes Trebbiner Personenverzeichnis und Gemeindesteuerliste aus dem Jahr 1894 auf die Restauration wartet. Auf der Internetseite des Landkreises gibt es unter dem Begriff „Akte“ weitere Informationen und ein Katalog mit einer Auflistung. Kreisarchivarin Karin Grzegorzewski: „Bislang wurden zehn Patenschaften geschlossen. Wir würden gern noch mehr unserer 25 vorgestellten Akten restaurieren.“ Sie sagte zu, dass Interessierte sich bei ihr über die historischen Dokumente informieren und dabei auch mehr über Inhalte erfahren können.

*Quelle: Blickpunkt, Teltow-Fläming, 15.03.2012*

### **Detlef Helgert als CDU-Vorsitzender von Ludwigsfelde wiedergewählt**

Der alte und neue CDU-Vorsitzende von Ludwigsfelde heißt Detlef Helgert. Auf einer Mitgliederversammlung am Donnerstagabend, an der auch der CDU-Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum und der stellvertretende CDU-Kreisvorsitzende Dirk Steinhausen teilnahmen, wurde der CDU-Stadtverordnete einstimmig als CDU-Chef wiedergewählt. Zum stellvertretenden Vorsitzenden wählten die CDU-Mitglieder den CDU-Fraktionsvorsitzenden in den Ludwigsfelder Stadtverordnetenversammlung, Andreas Herms. Dem neuen CDU-Ortsvorstand gehören als Schatzmeister Wolfgang Kazda, als Schriftführerin Rosemarie Kleinfeld und als Beisitzer Ronald Finke und Sven Strauchmann an.

Als eines der politischen Schwerpunkte bezeichnete Detlef Helgert die Verbesserung des Öffentlichen Personennahverkehrs in Ludwigsfelde. Die CDU-Fraktion beantragte hierzu kürzlich in der Stadtverordnetenversammlung die Bildung eines gemeinsamen Arbeitskreises mit den Nachbargemeinden in Großbeeren und Blankenfelde-Mahlow. " Wir sind eine Wirtschaftsregion, die auch und gerade von der Berlinnähe und dem zukünftigen Flughafen BER profitiert, deshalb benötigen wir auch ein abgestimmtes Verkehrs- und Mobilitätskonzept", so Detlef Helgert.



Der CDU-Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum kritisierte in seinem Grußwort den Stellenabbau bei der Polizei durch die rot-rote Landesregierung. Schon jetzt herrscht Personalnot bei der Polizei, die Aufklärungsquote sinkt und die Diebstahlsdelikte schnellen gerade im Norden des Landkreises in die Höhe. " Absolut notwendig ist in Ludwigsfelde jetzt ein modernes Polizeirevier, eine 24 stündige Erreichbarkeit und die Präsenz der Polizei auf der Straße. Die Bürger haben ein Recht auf Sicherheit!", so Danny Eichelbaum.

*Quelle: Pressemitteilung 02.03.2012*

## Nachrichten aus dem Landtag

### Hat er gelogen? Vorwürfe gegen Minister Baaske im Stasi-Fall

Brandenburgs Sozialminister Günter Baaske (54, SPD) unter Druck. Nach einem neuen Stasi-Fall in seinem Ministerium wirft ihm die Opposition vor, er habe den Landtag belogen. Obwohl sie dem Ministerium ihre Spitzel-Tätigkeit verschwiegen hatte, stieg Angelika N. (56) unter Baaske zur Referatsleiterin auf (BILD berichtete). "Ich habe von dem Fall bis vor einigen Tagen nichts gewusst", beteuerte der Minister gestern vor einem Landtags-Ausschuss. "Ich habe nicht gelogen." "Doch", sagt CDU-Rechtsexperte Danny Eichelbaum (38), "Baaske hatte behauptet, dass es in seinem Ministerium keine Stasi-Spitzel im höheren Dienst gebe. Jetzt sagt er, die Mitarbeiterin sei zum Spitzeln erpresst worden - wofür es außer ihrer Aussage keinen Hinweis gibt."

Laut Stasi-Akte (liegt BILD vor) hatte Angelika N. eine DDR-Bilderbuch-Karriere gemacht: Studium in Leningrad,

England-Reise, SED-Vizesekretärin. Schon vor ihrer Verpflichtung war sie laut Akte zur Stasi-Mitarbeit bereit. "SED-Mitglieder wurden in der Regel nicht von der Stasi erpresst", sagt Aufarbeitungs-Beauftragte Ulrike Poppe (59). Sie fordert: "Die Regierung muss die Stasi-Akten aller leitenden Mitarbeiter überprüfen!" Das rot-rote Kabinett lehnt dies ab.

*Quelle: BILD, 21.03.2012*

### Opposition will Stasi-Check - Grüne und CDU verlangen weitreichende Prüfung / Sozialausschuss tagt zu IM-Fall

Bündnisgrüne und CDU fordern eine umfassende Stasi-Überprüfung von Beschäftigten mit Leitungsfunktion in den Ministerien und nachgeordneten Behörden des Landes. Wie Grünen-Fraktionschef Axel Vogel gestern sagte, soll der Stasi-Check Abteilungs-, Referats- und Amtsleiter betreffen. Dieser „große Befreiungsschlag“ sei nötig, um von den Medien nicht ständig einen neuen „IM der Woche“ präsentiert zu bekommen, so Vogel. Ein Beispiel für offensiven Umgang mit dem Thema habe Innenminister Woidke (SPD) geliefert. Er hatte durchgesetzt, dass leitende Beamte bei der Polizei überprüft werden.

In der vergangenen Woche war der Fall einer Referatsleiterin im Sozialministerium bekannt geworden, die ihre IM-Tätigkeit bei Einstellung in den Landesdienst 1991 verschwiegen hatte. Als der Schwindel Mitte der 90er Jahre aufflog, war die Frau lediglich abgemahnt worden.

Eine weitreichende Stasi-Überprüfung verlangt auch die CDU. Allerdings soll generell ab der Besoldungsgruppe A 9 – vorausgesetzt der Betroffene besitzt eine Leitungsfunktion – geprüft werden. Das neugefasste Stasi-Unterlagengesetz erlaube das ausdrücklich, sagte der rechtspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Danny Eichelbaum.

Die Landesregierung hatte in der Vorwoche angekündigt, vor dem Hintergrund der Novelle zum Stasi-Gesetz ein einheitliches Überprüfungsverfahren in der Verwaltung auf den Weg zu bringen. Eine Arbeitsgruppe soll bis Ende April ein entsprechendes Modell entwickeln. Anlassunabhängige Überprüfungen soll es aber nicht geben.

Der Sozialausschuss des Landtags hatte sich gestern in einer Sondersitzung mit dem Fall der Referatsleiterin befasst. Sozialminister Günter Baaske (SPD) kündigte an, dass alle Personalakten seines Hauses noch einmal auf einschlägige Fälle überprüft würden. Hinsichtlich der Referatsleiterin bemerkte der Minister, dass die Entscheidung, sie weiter zu beschäftigen, von Leuten gefällt wurde, die „mein vollstes Vertrauen besitzen“. Es handelt sich um die frühere Ministerin Regine Hildebrandt (SPD) und Ex-Staatssekretär Olaf Sund. Im Übrigen gebe es zu diesem Fall bisher „nichts Neues“. Wie Baaske sagte, sei bei der Stasi-Unterlagenbehörde Akteneinsicht beantragt worden. Bei Teilen des Sozialausschusses stieß auf Unverständnis, dass ein Mitarbeiter der Unterlagenbehörde unabhängig davon bereits am Montagabend in einer RBB-Sendung eine öffentliche Bewertung des Falls der Referatsleiterin vorgenommen hatte.

Für Grüne und CDU muss jetzt dringend geklärt werden, ob die Frau außer bei ihrer Einstellung noch einmal gelogen hat. Sie selbst soll angegeben haben, die Stasi-Mitarbeit, die 1984 in Berlin begonnen hatte, 1986 eingestellt zu haben. Nach Medienberichten sollen diese Angaben nicht zutreffend sein. Die Stasi-Tätigkeit soll auch nach dem beruflichen Wechsel nach Potsdam weitergeführt worden sein. „Wenn das stimmt, muss sie gehen“, so Grünen-Fraktionschef Vogel. (Von Volkmar Krause)

*Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 21.03.2012*

### **Häftlingsflucht: Kritik an Schöneburg**

Im Süden Brandenburgs fahndet die Polizei nach einem entflohenen Häftling. Es ist mittlerweile der fünfte Ausbruch eines Gefangenen bei einem Freigang innerhalb kürzester Zeit. Der 30-Jährige war am Freitag beim Besuch seiner Großmutter in Bad Liebenwerda (Landkreis Elbe-Elster) den beiden Bewachern durch ein Fenster entwischt. Es war sein dritter begleiteter Ausgang. Zuvor hatte es keine Probleme gegeben. Nach Einschätzung der Behörden geht von dem wegen Diebstahl und räuberischer Erpressung verurteilten und seit 2010 in der Vollzugsanstalt Cottbus-Dissenchen einsitzenden Mann keine Gefahr aus. Für ihn war wegen guter Führung eine vorzeitige Haftentlassung Mitte 2013 statt 2015 vorgesehen. Alle Lockerungen für ihn sind nun gestrichen, sagte ein Ministeriumssprecher.

Der Vorfall hat die Dauerdebatte um die Politik von Justizminister Volkmar Schöneburg (Linke) neu entfacht. Dem vor seiner Regierungszeit erfolgreichen Strafverteidiger wirft die CDU vor, aus „ideologischen Gründen“ eine verstärkte Resozialisierungslinie zu fahren und Vollzugslockerungen auszuweiten, anstatt Sicherheitsmaßnahmen zu verschärfen. Die Justiz habe zu wenig Personal, leide unter hohen Fehlzeiten und Überalterung. Das Ergebnis seien mehr Gefängnisausbrüche, sagte CDU-Rechtsexperte Danny Eichelbaum. Ein Ministeriumssprecher wies die Vorwürfe zurück. Es gebe keine Sicherheitsmängel und auch nicht mehr Ausbrüche – 2009 seien es unter CDU-Führung ebenfalls fünf gewesen. Die Resozialisierung von Gefangenen sei die beste Sicherheitsgewähr, dadurch sinke die Rückfallgefahr. axf

*Quelle: Potsdamer Neueste Nachrichten, 20.03.2012*

## Bruch der Verfassung bei Stasi-Check

Angesichts des großen Anteils von stasibelasteten Mitarbeitern beim Landeskriminalamt (LKA) hat die CDU ihre Forderung nach einer umfassenden Überprüfung im öffentlichen Dienst untermauert und erhebt Vorwürfe gegen die rot-rote Regierung.

Dass die rot-rote Landesregierung eine konsequente Überprüfung unterlasse, verdeutliche deren Ignoranz bei der Aufarbeitung, sagte Rechtsexperte Danny Eichelbaum am Sonntag. Er warf der Regierung sogar einen Verstoß gegen die Verfassung vor. Denn Rot-Rot weigere sich, das neue Stasi-Unterlagengesetz des Bundes anzuwenden. Daraus ergäben sich klare Anweisungen zur Stasi-Überprüfung im öffentlichen Dienst.

Vize-Regierungssprecherin Gerlinde Krahnert wies den Vorwurf entschieden zurück. Das Stasi-Unterlagengesetz gebe keine flächendeckende, anlasslose Kontrolle her. Die Landesregierung werde auch weiterhin nur anlassbezogenen Untersuchungen veranlassen. Innenministeriumssprecher Ingo Decker sprach angesichts der CDU-Kritik von „reiner Parteipropaganda“. Die CDU blende völlig aus, dass sie von 1999 bis 2009 selbst Regierungsverantwortung trug, auch den zuständigen Innenminister stellte und sich damals überhaupt nicht für das Thema Stasi interessiert habe.

Etwa jeder fünfte Polizist beim LKA war Mitarbeiter der Stasi. Insgesamt seien es 87 von 445 Beschäftigten, wie das Innenministerium auf eine parlamentarische Anfrage der CDU antwortete. Wie vom Einigungsvertrag festgeschrieben, seien die am 3. Oktober 1990 bestehenden Arbeitsverhältnisse mit dem Land fortgeführt worden. Dies habe auch für ehemalige hauptamtliche und Inoffizielle Mitarbeiter (IM) der Stasi gegolten.

### Führende Positionen

Mit der Auflösung des MfS 1990 seien etwa 220 ehemalige hauptamtliche Stasi-Mitarbeiter nach Überprüfung durch die Runden Tische in die Volkspolizei auf dem Gebiet des heutigen Landes Brandenburg übernommen worden. Im Einzelnen setze sich heute die Gruppe früherer MfS-Mitarbeiter beim LKA wie folgt zusammen: 45 Hauptamtliche, 22 IM, 16 Wehrdienstleistende und zwei Berufssoldaten; bei zwei weiteren Beschäftigten lägen Hinweise auf eine IM-Tätigkeit vor.

Das Innenministerium kann nicht ausschließen, dass stasibelastete Polizisten nach 1990 beim LKA mit Ermittlungen zur DDR-Regierungskriminalität befasst waren. Einige arbeiten derzeit in führenden Positionen in den Bereichen Staatsschutz, Organisierte Kriminalität, Wirtschaftskriminalität, Vermögensabschöpfung und Umweltdelikte.

*Quelle: Berliner, Zeitung, 19.03.2012*

Besuch der Justizvollzugsanstalt Hamburg Santa-Fu durch den Brandenburgischen Rechtsausschuss am 15.03.2012



## Ankläger mit zweifelhafter Vergangenheit - Neue Fragen zu Ex-DDR-Staatsanwalt

Das Vorleben eines unter Brandenburgs Justizminister Volkmar Schöneburg (Linke) zum Oberstaatsanwalt aufgestiegenen Juristen wirft neue Fragen auf. Der Mann war, wie berichtet, in der DDR an mehreren politischen Verfahren beteiligt und einige der Abgeordneten, die seine Übernahme in den Landesdienst befürworteten, hatten der Stasi zugearbeitet.

Von den zehn Staatsanwälten, die seit Amtsantritt Schöneburgs im Land Brandenburg weiter Karriere machten, ist dieser Staatsanwalt das einzige, derzeit nicht namentlich bekannte Überbleibsel aus der Zeit der SED-Herrschaft. Sein Wirken damals wird jetzt durch beharrliches Nachfragen des CDU-Abgeordneten Danny Eichelbaum etwas transparenter. So vertrat der Staatsanwalt laut Antwort der Landesregierung auf eine neuerliche Anfrage Eichelbaums bei insgesamt drei DDR-Verfahren wegen Republikflucht (ungesetzlicher Grenzübertritt) die Anklage. Zumindest in einem Falle ist bekannt, dass das DDR-Urteil inzwischen aufgehoben wurde und der betroffene Angeklagte auch entschädigt wurde. Darüber hinaus war er mindestens an zehn weiteren Verfahren der politischen Rechtsprechung in der DDR beteiligt. Es ging dabei, so das Schöneburg-Ministerium, um Fälle der „Beeinträchtigung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung durch asoziales Verhalten“ – ein Straftatbestand, der in der DDR häufig gegen aufbegehrende Heranwachsende eingesetzt wurde und dabei auch gegen politisch Andersdenkende missbraucht wurde.

Erst durch Eichelbaums Nachfrage beim Minister wurde nun am Montag außerdem bekannt, dass in dem Staatsanwaltsberufungsausschuss, der den Mann einst in den brandenburgischen Landesdienst übernahm, mindestens zwei Abgeordnete saßen, die als Inoffizielle Mitarbeiter (IM) einst selbst für die DDR-Staatssicherheit gearbeitet hatten.

Der Justizminister verweist in seiner Antwort nun darauf, dass alle Belastungen des unter seiner Verantwortung beförderten Juristen bekannt gewesen seien. Die Strafen in all den politisch eingefärbten Verfahren seien bei der Übernahme in den Landesdienst als „im Rahmen des Üblichen“ eingeschätzt worden.

Um diese Übernahmepraxis hat es allerdings in den letzten Jahren eine kontroverse Diskussion gegeben. Dabei wurden die Kriterien, die Anfang der neunziger Jahre bei der Beurteilung politischer Prozesse zur Anwendung kamen, infrage gestellt. Das Ausmaß der Beteiligung heutiger Richter und Staatsanwälte war der Öffentlichkeit damals nicht bekannt geworden. *Johann Legner*

*Quelle: Potsdamer Neueste Nachrichten, 13.03.2012*

Politischer Aschermittwoch der CDU in  
Doberlug -Kirchhain am 22.02.2012



## Debatte um Schließung der Justizakademie Frankfurt (Oder)

Gegen die von der Landesregierung beabsichtigte Schließung der Justizakademie in Königs Wusterhausen formiert sich geschlossener Widerstand. So haben alle Präsidenten der Obergerichte in Berlin und Brandenburg sowie beide Generalstaatsanwälte in einem gemeinsamen Schreiben gegen die Einsparmaßnahme protestiert. Gleichsam warnen der Deutsche Richterbund sowie der Bund Brandenburgischer Staatsanwälte vor einer Zerschlagung. Unlängst hatte auch die Landesjustizgewerkschaft 1000 Unterschriften für den Erhalt an Minister Volkmar Schöneburg (Linke) übergeben.

Hintergrund ist ein Konzept zur Modernisierung der Landesverwaltung, das vom Potsdamer Kabinett im November beschlossen wurde. Dies beinhaltet die Fusion von drei Aus- und Fortbildungseinrichtungen am Standort Königs Wusterhausen zu einer Fachhochschule. In dem Verbund würde die Justizakademie aufgehen, in der vier Mitarbeiter rund 400 Veranstaltungen für 6000 Justizbedienstete jährlich organisieren - darunter auch für Berliner Personal. Die Akademie ist die kleinste Landesbehörde.

Der geplante Einschnitt geht auf eine Empfehlung des Landesrechnungshofes (LRH) zurück, der die Fortbildungseinrichtungen im Jahresbericht 2011 dahingehend kritisierte, dass sie eine "sinnvolle Mindestgröße selbstständiger organisatorischer Einheiten" unterschreiten würden. Der LRH sieht ein Einsparvolumen von 100000 Euro jährlich. Schöneburg indes bezweifelte im jüngsten Rechtsausschuss, dass der Zusammenschluss sinnvoll sei. Die "hohe Qualität" der Justizakademie könne dann nicht aufrecht erhalten werden, argumentierte er. Berlins Justizsenator Thomas Heilmann (CDU) äußerte sich ähnlich: "Wir brauchen die Akademie in bewährter Form", sagte er dieser Zeitung.

Auch die rechtspolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen wundern sich über die angestrebte Fusion. "Kleine Verwaltungseinheiten sind nicht strafbar", sagt Margitta Mächtig (Linke). Danny Eichelbaum (CDU) bezeichnet die Einrichtung als "unersetzlich". Die Schließung sei Wortbruch gegenüber der Justiz, der ein langfristiger Erhalt versprochen wurde.

Der LRH verteidigte seine Empfehlung. Es könnten Abläufe gestrafft und Personalkosten eingespart werden, so Abteilungsleiter Hans-Jürgen Klees. Am Montag befasst sich der Haushaltskontrollausschuss mit dem Thema. (Mit Adleraugen)

*Quelle: Märkische Oderzeitung, 09.03.2012*



Sitzung des Rechtsausschusses des Landtages am 19.01.2012

## Reaktionen auf Reformen im Bund - Schöneburg gegen Warnschussarrest

Brandenburgs Justizminister lehnt die von Schwarz-Gelb im Bund vereinbarte Verschärfung des Jugendstrafrechts ab. Kripo-Bund und CDU im Land befürworteten dagegen diese Pläne.

Potsdam - Der Beschluss der schwarz-gelben Bundesregierung zur Verschärfung des Jugendstrafrechts stößt in Brandenburg auf ein geteiltes Echo. Justizminister Volkmar Schöneburg (Linke) bezeichnete den geplanten Warnschussarrest für Jugendliche am Montag in Potsdam als „untaugliches, populistisches Pseudo-Sanktionsinstrument“. CDU und Kripo-Gewerkschaft hingegen begrüßten das Vorhaben.

Die Spitzen von Union und FDP hatten sich am Sonntagabend im Koalitionsausschuss in Berlin darauf geeinigt, mit einer Verschärfung des Jugendstrafrechts gegen uneinsichtige jugendliche Gewalttäter vorzugehen und den Warnschussarrest schnell auf den Weg zu bringen. Bei einer zur Bewährung ausgesetzten Strafe kann dann zusätzlich ein Arrest verhängt werden, um junge Täter abzuschrecken. Die Union hofft, dass der Warnschussarrest eine abschreckende Wirkung hat.

Schöneburg kritisierte das scharf. Einsperren dürfe gerade bei jungen Menschen nur das letzte Mittel sein. Es sei wissenschaftlich erwiesen, dass die Rückfallquote nach Jugendarrest „erschütternde 70 Prozent beträgt“. Zudem belegten Zahlen der Bundesregierung, dass zu einer Freiheitsstrafe ohne Bewährung verurteilte Jugendliche zu 78 Prozent wieder straffällig wurden, mit Bewährungsstrafe hätte die Rückfallquote lediglich 60 Prozent betragen, „Die vorbeugende Wirkung einer Freiheitsstrafe ist also mehr als begrenzt“, sagte Schöneburg. Schon die Strafrechtsverschärfungen der Vergangenheit hätten die Jugendkriminalität nicht zurückgedrängt. Die Brutalität der Gewalttaten nehme eher noch zu, die Zahl jugendlicher und heranwachsender Straftäter sei aber rückläufig. Jugendkriminalität sei ein gesellschaftliches Problem, das nur mit einer klugen Sozialpolitik gelöst werden könne, betonte der Linke-Politiker. Der Richter könne nicht das Versagen verfehlter Sozialpolitik kompensieren.

Zustimmung hierfür kommt auch vom Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK). „Das Vorhaben muss nun konsequent umgesetzt und von der Brandenburger Landesregierung unterstützt werden“, so BDK-Landeschef Wolfgang Bauch. Der Warnschussarrest werde von der Kripo-Gewerkschaft seit langem als überfällige kriminal- und rechtspolitische Sanktion gefordert. Die Bekämpfung der Jugendkriminalität müsse ein Schwerpunkt der Kriminalitätsbekämpfung in Brandenburg sein. Die Karriere eines hartnäckigen Rückfalltäters beginne in der Jugend. Bauch hat sich ebenfalls für die beabsichtigte Erhöhung des Höchstmaßes der Jugendstrafe bei Mord für Heranwachsende von zehn auf 15 Jahre ausgesprochen.

CDU-Rechtsexperte Danny Eichelbaum forderte die rot-rote Landesregierung auf, das Gesetzgebungsverfahren auf Bundesebene konstruktiv zu begleiten und die Blockadehaltung gegen wirksame Sanktionen im Jugendstrafrecht aufzugeben. Der Warnschussarrest werde Strafen spürbar machen. Notwendig sei eine Verhängung von schnellen und angemessenen Strafen. Nur, wenn Täter die Folgen ihres Handelns sofort und mit gebotener Härte spürten, könne die Autorität staatlicher Strukturen greifen. „Der Staat als zahnloser Tiger hat bei straffälligen Jugendlichen keinen Respekt“, unterstrich Eichelbaum. Der CDU-Innenexperte Björn Lakenmacher sprach sich zudem dafür aus, künftig schon ab 18 Jahren konsequent das Erwachsenenstrafrecht anzuwenden. Wem bereits ab 16 Jahren das aktive Wahlrecht als höchstes staatspolitisches Recht zugestanden werde, der müsse auch die volle Verantwortung für sein Handeln übernehmen. axf/dapd/dpa

*Quelle: Potsdamer Neueste Nachrichten, 06.03.2012*

## Neonazi droht Punk mit Gewalt – aus der Haft heraus

Ein wegen Beihilfe zum Mord Verurteilter hat zum wiederholten Mal Zugang zu Mobilfunkgeräten

Potsdam - Er sitzt wegen Beihilfe zum brutalen Mord an dem Templiner Arbeitslosen Bernd K. im Gefängnis. Doch von dort schaffte es der 2009 zu mehr als neun Jahren Haft verurteilte Neonazi Christian W. (25) immer wieder, unerlaubt per Handy Kontakt zu seinen rechten Gesinnungsgenossen zu halten. Jetzt soll Christian W. sogar über ein in das Gefängnis geschmuggeltes Mobiltelefon einen Jugendlichen aus der linken Szene bedroht haben.

Das berichtet neben anderen auch das Infoportal „Gegenrede“, das die rechtsextremistische Szene in der Uckermark beobachtet. Das brandenburgische Justizministerium konnte den Fall am Sonntag nicht bestätigen und will sich am Montag näher äußern.

W. soll Donnerstagnacht in seiner Zelle in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Luckau-Dubén (Dahme-Spreewald) zum Handy gegriffen haben, um einem 15-jährigen Punker über Mittelspersonen eine Drohung auszurichten. Anlass ist eine Anzeige des linken Jugendlichen gegen den vorbestraften jüngeren Bruder von Christian W., den polizeibekanntem Templiner Neonazi Steven W. Der ist derzeit auf Bewährung auf freiem Fuß und soll dem Punk mit Gewalt gedroht und den Hitlergruß gezeigt haben. In der Nacht zum vergangenen Freitag sollen Justizvollzugsbeamte in der Gefängniszelle von Christian W. das verbotene Handy gefunden haben. Es ist damit das vierte Mal binnen eines Jahres, dass W. trotz des strikten Verbotes in der JVA an ein Handy gekommen ist und dies auch benutzen konnte.

Außerdem fanden die Beamten zwei SIM-Karten für Mobiltelefone. Die Staatsanwaltschaft Neuruppin hat die Beschlagnahme von Handy und SIM-Karten beantragt. Jetzt wollen die Ermittler herausfinden, mit wem W. aus dem Gefängnis heraus telefonierte und wem er Nachrichten geschrieben hat – und wer das Handy in das Gefängnis geschmuggelt hat.

Für W. hat die Anstaltsleitung verschärfte Haftbedingungen und Arrest angeordnet. Freigang, Schule und Freizeitaktivitäten wurden gestrichen.

In den drei Fällen zuvor hatte „gegenrede.info“ die Anstaltsleitung darüber informiert, dass W. sich aus seiner Zelle heraus bei einem sozialen Netzwerk im Internet ein Profil zugelegt und bei einschlägigen Neonazi-Gruppen angemeldet hat. Im Mai, Juni und September 2011 hatten daraufhin Vollzugsbeamte internetfähige Handys bei W. entdeckt.

Der erneute Fund bei Christian W. dürfte auch ein politisches Nachspiel haben. Handyblocker, mit denen Mobilfunkgespräche automatisch unterbunden werden können, gibt es in Brandenburgs Gefängnissen bislang nicht. Justizminister Volkmar Schöneburg (Linke) hatte im Jahr 2011 zwar angekündigt, für deren Einsatz in diesem Jahr die rechtlichen Voraussetzungen im Strafvollzugsgesetz schaffen zu wollen. Doch den Kauf derlei Geräte lehnte er wegen der Kosten von mindestens einer Million Euro pro Haftanstalt und der angespannten Haushaltslage ab. Er wollte zunächst die Erfahrungen anderer Bundesländer auswerten lassen, hieß es. Skeptisch war der Minister auch, weil es in den vergangenen zehn Jahren bislang nur einen Fall gegeben habe, bei dem „aus dem Gefängnis heraus mit einem Handy kriminelle Aktivitäten organisiert wurden“. Christian W. aber hat jetzt den zweiten Fall geliefert.

Allein im ersten Halbjahr 2011 wurden bei Inhaftierten in Brandenburg mehr als 40 Handys gefunden. Die Sicherheitsvorschriften sollten verschärft werden, darunter ein Handyverbot für Justizvollzugsbeamte im Dienst. Zwar gibt es in den Gefängnissen auch Ortungsgeräte, die aber

sind nicht mehr auf dem neuesten Stand. Handys, die über UMTS und nicht über das gewöhnliche Funknetz ins Internet gehen, erfassen sie nicht.

CDU-Rechtsexperte Danny Eichelbaum warf Schöneburg am Wochenende in einer Erklärung Unvermögen und Ignoranz vor, weil er es nicht schaffe, die illegale Handynutzung in den Gefängnissen wirksam zu unterbinden. Der Minister rede lieber über Vollzugslockerungen. Eichelbaum forderte schärfere Kontrollen und härtere Sanktionen gegen Gefangene bei illegaler Handynutzung und gegen die Handyschmuggler.

*Quelle: Potsdamer Neueste Nachrichten, 27.02.2012*



Halbzeit der letzten linken Landesregierung am 21.03.2012

## **Mehr Sicherheit an Gerichten - Justizminister stellt Konzept vor und verteidigt Einsatz von Putzleuten**

Justizminister Volkmar Schöneburg (Linke) hat den Einsatz von privaten Wachschränken, bisherigen Putzkräften im Landesdienst und umgeschulten Forstbeamten für mehr Sicherheit an Gerichten verteidigt. „Wir sind wegen der tragischen Ereignisse in Dachau für das Sicherheitsthema sensibilisiert“, sagte Schöneburg gestern vor dem Rechtsausschuss des Landtages. Im Januar hatte in Dachau ein Angeklagter im Gerichtssaal einen Staatsanwalt erschossen. Wie die MAZ berichtete, will der Minister angesichts knapper Kassen und weniger Personal auch umgeschulte Reinigungskräfte mit Wachtmeister-Aufgaben betrauen. Nach einer Gefährdungsanalyse sind vor allem Sozialgerichte betroffen. Viel stärker im Fokus würden familiäre Streitigkeiten wie Auseinandersetzungen um Sorgerecht oder Unterhalt stehen. Besonderen Schutzes würden auch das Oberlandesgericht, Justizzentren und Amtsgerichte im Berliner Speckgürtel benötigen. „Klar ist aber, wir wollen aus Gerichten keine Trutzburgen machen.“ Es müsse aus Einlasskontrollen, Schutzbedürfnis und dem Gericht als öffentlicher Raum „ein goldener Mittelweg“ gefunden werden. Laut Schöneburg stehen 3,1 Millionen Euro bis 2014 für zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen an Gerichten zur Verfügung.

Der Vorsitzende des Rechtsausschusses, Danny Eichelbaum (CDU), begrüßte permanente Einlasskontrollen, bemerkte aber auch, dass es mit Putzfrauen und Forstleuten kein Mehr an Sicherheit geben könne.

*Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 17.02.2012*

## Sicherungsverwahrung im Nordbund

Brandenburg will mit Schleswig-Holstein, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern kooperieren. Von Marion van der Kraats Potsdam - Die Sicherungsverwahrung von gefährlichen Straftätern wird Brandenburg künftig mit norddeutschen Bundesländern vollziehen. "Wir werden mit Schleswig-Holstein, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern kooperieren", sagte Justizminister Volkmar Schöneburg der Nachrichtenagentur dpa. Geplant sei eine zentrale Einweisungsstelle für alle Länder. "Dort wird mit Fachleuten darüber beraten, wo es die beste Therapie- und Unterbringungsmöglichkeit für den jeweiligen Straftäter gibt", erklärte Schöneburg. Die Länder würden jeweils eigene Plätze vorhalten. "Durch die Kooperation können wir aber besser differenzieren und Spezialisierungen in der Therapie besser nutzen", betonte der Minister. Zwar werde prinzipiell versucht, die Betroffenen heimatnah unterzubringen. Biete ein anderer Ort im Verbund aber Therapiemöglichkeiten, die mehr Aussicht auf Erfolg für eine Resozialisierung böten, stehe dies im Vordergrund.

Die CDU begrüßte die angekündigte Zusammenarbeit. "Hierdurch können Synergieeffekte erzielt und finanzielle Kosten eingespart werden", sagte Danny Eichelbaum, rechtspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion.

In Brandenburg sollen 18 Plätze für besonders gefährliche Straftäter auf dem Gelände der Vollzugsanstalt Brandenburg/ Havel entstehen. Dort gibt es bereits ein umfassendes Therapieangebot - beispielsweise für Sexualstraftäter. Im Hafthaus 3 sollen für die Sicherungsverwahrung jeweils drei Räume zusammengefasst werden zu einer Wohneinheit mit etwa 20 bis 21 Quadratmeter. Die Kosten für den Umbau schätzt das Ministerium bislang auf etwa 7 Millionen Euro. Rund 30 Bedienstete sollen in dem Bereich eingesetzt werden. Schöneburg will die Pläne so schnell wie möglich umsetzen. Der Entwurf für einen Staatsvertrag werde ihm in wenigen Tagen vorliegen, so der Minister. Sobald die rot-rote Landesregierung zugestimmt hat, sollen die Planungen umgesetzt werden. Ende 2013 sollen die Plätze fertig sein. Das Bundesverfassungsgericht hatte im Mai 2011 entschieden, dass die Sicherungsverwahrung bis 2013 komplett neu zu regeln ist - vor allem, weil sie sich bislang zu wenig von der Straftat unterscheidet. Ein entsprechendes Gesetz wird derzeit vom Bundesjustizministerium erarbeitet. Auf die Länder kommen in jedem Fall wegen der nun zwingend vorgeschriebenen Behandlung der Täter und bestimmter Auflagen an die Unterbringung hohe Kosten zu. Darum werden Kooperationen gesucht. Brandenburg hatte gemeinsam mit Berlin ein Konzept zur künftigen Sicherungsverwahrung erarbeitet und strebte zunächst auch die gemeinsame Umsetzung an. Dazu kam es bislang jedoch nicht. Darum bemühte sich Schöneburg im sogenannten Nordverbund um Partnerschaften.

Nach der Wahl in Berlin wird mit dem neuen Justizsenator Thomas Heilmann (CDU) aber eine Erweiterung der Kooperation nicht ausgeschlossen. CDU-Politiker Eichelbaum forderte Schöneburg auf, die Zusammenarbeit mit dem Nachbarland nicht zu vernachlässigen. "Brandenburg und Berlin haben gemeinsame Gerichtsstrukturen und sollten sich auch im Strafvollzug und bei der Reform der Sicherungsverwahrung eng abstimmen."

*Quelle: Potsdamer Neueste Nachrichten, 10.02.2012*

## SPD-Minister sollen vor Ausschuss zu Polizei und Stasi aussagen

Landespolizisten mit einer Stasi-Vergangenheit werden wesentliches Thema der parlamentarischen Beratungen der nächsten Woche. Auf einer Sondersitzung des Innen- wie des Rechtsausschusses am Dienstag sollen nicht nur CDU-Ex-Innenminister Jörg Schönbohm, sondern auch dessen SPD-Amtsvorgänger Alwin Ziel gehört werden.

Dies hat der CDU-Abgeordnete Danny Eichelbaum verlangt. Die Antwort der Landesregierung auf seine parlamentarischen Anfragen war Ausgangspunkt neuer Berichte zu ehemaligen Stasi-Mitarbeitern bei der Polizei. Eichelbaum hatte mit seinen Fragen auch die Stasi-Problematik im Bereich der Justiz offengelegt. Möglicherweise kommt es deswegen noch zu einer Befragung der einstigen Justizminister des Landes. Die CDU reagierte mit der Benennung dieser Anzuhörenden auf einen Vorstoß der rot-roten Koalitionsfraktionen. Die hatten nach dem Bekanntwerden der großen Zahl Stasi-belasteter Polizisten bei der Staatsschutzabteilung des LKA die Ladung Schönbohms verlangt. Damit rückt der gesamte Neuaufbau der Polizei nach 1990 wieder in den Mittelpunkt.

*Quelle: Lausitzer Rundschau, 02.02.2012*



Empfang der Landesregierung und des Landtages in Potsdam am 25.01.2012



CDU-Fraktionsvorsitzendenkonferenz in Beelitz am 18.01.2012

## Interview: "Stasimitarbeiter raus aus dem Staatsschutz"

*Herr Eichelbaum, hat Sie die Auskunft überrascht, nach der 17 frühere Stasi-Mitarbeiter beim polizeilichen Staatsschutz des Landeskriminalamtes tätig sind?*

Ich hätte es nicht für möglich gehalten, dass 20 Jahre nach der Deutschen Einheit der Staatsschutz in Brandenburg, der unter anderem für die Bekämpfung der politischen Kriminalität zuständig ist, zu 30 Prozent aus ehemaligen Stasimitarbeitern besteht. So etwas gibt es in keinem anderen Bundesland. Das halte ich für einen Skandal und das untergräbt das Vertrauen der Bürger in den Rechtsstaat und die Arbeit der Sicherheitsbehörden in Brandenburg.

*Was sind aus Ihrer Sicht die nötigen Konsequenzen?*

Zunächst erwarten wir vom Innen- und vom Justizminister Aufklärung. Wir haben deshalb eine Sondersitzung des Innen- und des Rechtsausschusses beantragt. Zweitens erwarten wir von der Landesregierung ein Ende der Salamiaktik. Sie muss endlich konsequent das Stasiunterlagengesetz anwenden und die Mitarbeiter der Landesbehörden auf eine frühere Stasitätigkeit überprüfen. Das gilt vor allem für die Richter und Staatsanwälte. Und drittens müssen die ehemaligen Stasimitarbeiter aus dem Staatsschutz entfernt werden. Wer für die Stasi tätig war, hat nichts in einem sicherheits- und grundrechtsrelevanten staatlichen Bereich zu suchen.

*Verantwortlich für das LKA als Innenminister war zehn Jahre lang Ihr früherer Parteivorsitzender Jörg Schönbohm.*

Die ehemaligen Stasimitarbeiter wurden offensichtlich Anfang der 90er Jahre eingestellt oder übernommen, also zu einem Zeitpunkt, in der die CDU noch keine Regierungsverantwortung trug. Es geht auch nicht um Schuldzuweisungen, sondern um die Tatsache, wie wir heute und jetzt mit ehemaligen Stasimitarbeitern in Polizei und Justiz umgehen. Hier erwarte ich gerade als jüngerer Abgeordneter Transparenz und Konsequenzen.

Die Fragen stellte Johann Legner. Danny Eichelbaum, 38, ledig, aus Jüterbog, selbstständiger Rechtsanwalt, seit 2009 für die CDU im Landtag, Vorsitzender des Rechtsausschusses des Landtages.

*Quelle: Potsdamer Neueste Nachrichten, 31.01.2012*

Jahresempfang der Bundeswehr am  
12.01.2012



## Nachrichten aus dem Landkreis Teltow-Fläming

### Bürgermeister bemängelt Haushaltsbeschluss - CDU sieht sich bestätigt - Kommunen haften für Schuldenpolitik des Landkreises

"...dieser Beschluss kann aus kommunalen Blickwinkel nicht nachvollzogen werden und degradiert meines Erachtens die geleistete Zuarbeit der Gemeinden fast zur Farce," mit diesen deutlichen Worten bemängelt der Bürgermeister aus Ludwigsfelde Frank Gerhard (SPD) den Beschluss der SPD/FDP/Die Linke-Koalition die Einwendungen der Städte und Gemeinden zum Haushalt 2012 und zum Haushaltssicherungskonzept für den Landkreis Teltow-Fläming zurück zuweisen. Neben der Stadt Ludwigsfelde haben die Gemeinde Blankenfelde-Mahlow und die Städte Zossen und Trebbin zum Haushalt des Landkreises Teltow-Fläming Stellung bezogen.

"Die Lage ist ernst, wenn der Unterbezirksvorsitzende der SPD die Politik des Landrates und seiner Volkskammerkoalition aus SPD, Linke, FDP, Bauernverband und Grünen so drastisch kritisiert. Die Schuldenpolitik des Landkreises entfaltet immer mehr ihre Auswirkungen auf die Städte und Gemeinden. Diese müssen eine erhöhte Kreisumlage bezahlen und sollen jetzt auch noch Aufgaben und Zuschüsse des Landkreises übernehmen. Dies ist ein finanzpolitischer Irrweg, der in die Sackgasse führt.", kommentiert Danny Eichelbaum, Fraktionsvorsitzender der Union im Kreistag, das Schreiben, das an den Vorsitzenden des Kreistages, Christoph Schulze (SPD) gegangen ist.

"Von einer tiefgreifenden fachgerechten Analyse der Bedenken der Bürgermeister kann nicht gesprochen werden, heißt es im Schreiben. Es ist erstaunlich, wie wenig die Abgeordneten von ihrem "Königsrecht", nämlich über den Haushalt zu befinden, Gebrauch gemacht haben. Da ging "Abnicken vor Problembewältigung", ergänzt der Kreistagsabgeordnete für Ludwigsfelde und Großbeeren, Dirk Steinhausen (CDU).

Die CDU Teltow-Fläming hat mit ihren Vorschlägen zum Haushalt sich immer für eine gewinnbringende Zusammenarbeit zwischen Kreis und Kommunen ausgesprochen. "Wenn jetzt auch die Bürgermeister kein Gehör mehr in der Kreisverwaltung finden, bleibt die kommunale Solidarität und die demokratische Meinungsbildung im Landkreis auf der Strecke. Das Ergebnis ist eine Totalisolierung des Landrates Peer Giesecke (SPD) und seiner Volkskammerkoalition." bemerkt Danny Eichelbaum abschließend.

*Quelle: Pressemitteilung 26.03.2012*



MAZ Redaktionsgespräch  
zum Kreishaushalt 2012 in  
Luckenwalde am 24.02.2012

## Verzögert und verschoben - Städtebaufördermittel für den Ausbau der Bundesstraße in Jüterbog sollen auch 2013 zur Verfügung stehen

Die langwierige Planungsphase für den Ausbau der B 102 im Bereich der Altstadt Jüterbog bereitet den Kommunalpolitikern nicht nur wegen des schlechten Zustandes der Straße Kopfzerbrechen. Denn ohne die Mittel aus dem zeitlich befristeten Städtebauförderprogramm könnte die Stadt ihren Eigenanteil nicht leisten. Doch dieses Geld soll trotz der Verzögerungen des seit langem angekündigten Straßenbaus auch im kommenden Jahr zur Verfügung stehen. Dies, so der CDU-Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum, habe der Infrastrukturminister Jörg Vogelsänger in Gesprächen mit ihm bestätigt. Der Minister rechne mit einem Baubeginn im Jahr 2013, wenn bis dahin der Planfeststellungsbeschluss vorliege. Die Übergabe der Unterlagen für das Planfeststellungsverfahren hatte sich Anfang dieses Jahres noch einmal verzögert.

Bürgermeister Arne Raue (parteilos) ist erleichtert. Denn es geht um viel Geld, das der städtische Haushalt nicht hergeben würde.

Insgesamt soll der Ausbau des jetzt geplanten Abschnittes der Bundesstraße 6,3 Millionen Euro kosten. Der Anteil der Stadt für den Bereich zwischen Dammtor und Neumarkttor beträgt 1,2 Millionen Euro und soll aus dem Topf der Städtebauförderung kommen: 700 000 Euro aus dem Programm für die Altstadtsanierung und 500 000 Euro aus dem Programm für die Vorstädte. Hierfür muss die Stadt einen Eigenanteil von jeweils 20 Prozent einplanen, insgesamt also 240 000 Euro. Weil das Bund-Länder-Programm gekürzt wird, sollten die Fördermittel bis Ende dieses Jahres eigentlich verbraucht worden sein. In diesem Zusammenhang kritisierte Danny Eichelbaum, dass bei solchen Vorhaben zu viel Gewicht auf die Forderungen des Naturschutzes gelegt werde. Immer wieder müssten deshalb wichtige Infrastrukturmaßnahmen verschoben werden.

Die Verzögerungen im Planungsverfahren für die B 102 waren stets mit Personalmangel in den Landesbehörden begründet worden. Auch wenn noch niemand weiß, wann genau mit dem Planfeststellungsbeschluss zu rechnen ist, hat der Landesbetrieb Straßenwesen bereits mit der Ausführungsplanung begonnen. Im September 2011 wurde die Stadtverordnetenversammlung Jüterbog über Details informiert. (Von Martina Burghardt)

*Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 01.03.2012*



Pressegespräch mit dem Jüterboger Bürgermeister Arne Raue zur B 102 am 29.02.2012

## Der Märchenonkel und die Millionen-Frage - Kreistag stimmt für Etat 2012 / Keine Landrats-Mehrheit beim Haushaltssicherungskonzept / CDU profiliert sich als Sparmeister

Hans-Jürgen Akuloff (Linke) weiß es: „Haushaltsdiskussionen sind Sternstunden der Opposition.“ Auch wenn das ein wenig hoch gegriffen ist, so verstand es die CDU am Montagabend im Kreistag in Luckenwalde doch, Akzente zu setzen und sich als besonders sparsam zu präsentieren. An der Mehrheit für den ausgeglichenen Haushaltsplan änderte das freilich nichts.

CDU-Fraktionschef Danny Eichelbaum nutzte die Chance, in seiner Rede auszuteilen. Landrat Peer Giesecke (SPD) wurde da zum „Märchenonkel“, der die „wahre Haushaltslage verschleierte“. Und: „Wenn Sie schon nicht auf uns hören, dann auf das SPD-geführte Innenministerium.“ Das hatte bekanntlich im vergangenen Herbst den Kreishaushalt 2011 nicht genehmigt – was die CDU in ihrer Haushaltskritik bestätigte. Bei scharfen Worten beließ es die Union jedoch nicht und legte eine Liste mit Sparvorschlägen vor – 1,8 Millionen Euro insgesamt, die unter anderem den Verkauf des Flugplatzes Schönhagen und des Biotechnologieparks oder die Übergabe von Glashütte in eine Stiftung umfassen.

Als Märchenstunde wollte Akuloff die Sitzung dann doch nicht verstanden wissen. Er wies darauf hin, dass „wir uns im Status einer Verantwortungsgemeinschaft verschuldet“ haben. Fazit: „Wir haben uns übernommen.“ Und aus dieser Lage komme man auch nur gemeinsam heraus. Begleitcontrolling, Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung, Kostenvergleich und Mit-Zuständigkeit des Kreistags bei Personalentscheidungen lauteten seine Stichworte dazu.

Auch SPD-Fraktionschef Fritz Lindner appellierte an das Miteinander: „Wir müssen über Parteigrenzen hinweg konstruktiv zusammenarbeiten.“ Den Haushalt bezeichnete er als „Schritt in die richtige Richtung“. Ziel sei es, die Schulden bis zum Jahr 2017 abzubauen. Dazu gehöre auch eine „strikte Personalkostendeckelung“ und eine „umfassende Aufgabenkritik“. Die Erhöhung der Kreisumlage auf 47 Prozent – die die CDU strikt ablehnte – sei eine „bittere Pille, die leider unvermeidbar ist“.

Giesecke sah dagegen „überhaupt keinen Grund, zu verzweifeln“. Der Landkreis werde im Dezember 15 Jahre alt, und man habe in dieser Zeit viel erreicht. „Wir können in vielen Bereichen sagen: Unsere Arbeit ist getan.“ Die am Etat geäußerte Kritik bezeichnete er als „gerechtfertigt“. Und er räumte zudem ein: „Ich weiß nicht, ob wir den Haushalt in allen Punkten umsetzen können.“ Die Sparziele seien jedenfalls sportlich. Betriebsbedingte Kündigungen schloss er aber für die Verwaltung aus.

Bei der Abstimmung zum Haushaltssicherungskonzept, in dem die Entwicklung des Etats in den kommenden Jahren dargestellt ist, musste Giesecke eine Schlappe einstecken. Nur 28 Abgeordnete stimmten dafür, neun dagegen, elf enthielten sich. Damit verfehlte er seine Landratsmehrheit, also die volle Anzahl der Stimmen der Koalition aus SPD/Grünen, Linke, FDP/Bauern. Bei der eigentlichen Haushaltssatzung war die Mehrheit dann jedoch deutlicher.

*Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 29.02.2012*

## Kritische Optimisten - Der Kreis-Haushalt 2012 wird parteiübergreifend als Chance betrachtet

SPD, CDU und Linke sind im Landkreis wahrlich nicht immer einer Meinung. Doch beim Redaktionsgespräch bei der MAZ in Luckenwalde sind sich SPD-Kreischef Frank Gerhard, der CDU-Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum und der Linken-Fraktionschef im Kreistag, Hans-Jürgen Akuloff, in Sachen Kreis-Haushalt weitgehend einig. Motto: Der Kreis ist mit einem ausgeglichenen Haushalt auf dem richtigen Weg – fängt aber gerade erst an, die Probleme zu lösen. Und dabei wollen ihn die Politiker kritisch begleiten: „Wir wollen produktive Unzufriedenheit“, formulierte es Akuloff.

Und an Unzufriedenheit mangelt es nicht. So stellt der gelernte Kämmerer Gerhard fest: „Das Haushaltssicherungskonzept ist nicht hinreichend klar und lesbar.“ Und er rügt „handwerkliche Unzulänglichkeiten“. Das Ziel muss aber bleiben, dass bis 2017 „alle Defizite ausgeglichen sind“.

Wobei man schon bei der nächsten Frage ist: „Was ist das wahre Ist?“, sagt Akuloff. Denn es ist derzeit noch Mutmaßung, dass der Kreis in den vergangenen drei Jahren 32 Millionen Defizit angehäuft hat. Dies ließe sich nur über Jahresrechnungen bemessen. „Ich kann überhaupt nicht verstehen, dass das so lange dauert“, urteilt Gerhard.

Eichelbaum freut sich immerhin, dass „jetzt Bewegung reinkommt“. Seine Kritik bleibe die gleiche wie im vergangenen Jahr: Das Ausgabenproblem des Kreises sei nicht gelöst. Das zeige sich auch an den Personalkosten. Diese sollten jetzt eigentlich auf dem Stand von 2011 gedeckelt sein, doch laut Plan klettern sie um 1,8 Millionen (dabei sei die fällige Tarifierhöhung sogar noch zu niedrig angesetzt worden). „Das ist eigentlich eine Frechheit“, sagt Gerhard. „Und der Nachbarkreis Dahme-Spreewald spart in diesem Jahr 800 000 Euro an Personalkosten“, ärgert sich Eichelbaum.

Das Ausgabenproblem stößt auch Akuloff sauer auf: „Ein roter Faden dazu ist im Haushaltssicherungskonzept nicht ersichtlich.“ Und Gerhard kapituliert schier vor dem Kreis-Haushalt: „Auch als Kämmerer kann ich nicht genau sagen, wo das Ausgabenproblem genau liegt.“ Er weiß nur, dass die Kreisumlage zu hoch sei; im „vergleichbaren“ Dahme-Spreewald liege sie bei 39,5, nicht wie hier bei 47 Prozent.

Einen Masterplan wünschen sich dennoch alle drei. Zur Sicherheit, sozusagen. Eigentlich gab es das schon, erinnerte sich Eichelbaum; damals hieß das Kreisentwicklungskonzept. „Da hatten wir ein jährliche Fortschreibung beschlossen – die ist aber nie gekommen“, ergänzt Akuloff. Eine Kreisentwicklungsplanung bis 2020 halten alle drei für eine gute Idee.

Gerhard weiß auch, was unbedingt zu berücksichtigen ist: Die Qualität der Haushalte soll besser werden; in der Kreisverwaltung müsse die Motivation der Ämter gestärkt – zum Beispiel durch eigene Budgets; es sollte eine externe Begleitung der Sparbemühungen geben; und es ist eine „offene Diskussion“ erforderlich.

Überhaupt, das Miteinander. Gerhard sieht Kreis und Kommunen als Schicksalsgemeinschaft. „Da muss man auch Kritik annehmen können“, fordert er von der Kreisverwaltung. Und Akuloff spricht davon, dass Fraktionen, Kreis und Kommunen in einem Boot sitzen. „Wir müssen alle Wasser schöpfen, nicht neue Lecks schlagen“, mahnt er.

„Wir stehen vor einer Wende in der Haushaltspolitik. Mit dem Haushaltsplan und einem verbesserten Haushaltssicherungskonzept ist die Wende möglich“, sagt Akuloff. Eichelbaum bewahrt sich einen Rest Skepsis. „Ich habe Angst, dass die Zusicherung, künftig sechs Millionen

pro Jahr sparen zu wollen, eine Beruhigungsspiel des Landrats ist.“ Da appelliert Akuloff an die Abgeordneten: „Wir haben als Kreistag eine Verantwortung.“

*Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 25.02.2012*

Übergabe einer Klimakiste an die Ludwigsfelder Schule mit sonderpädagogischen Fördermittelbedarf "Lernen" am 12.01.2012



## Griechische Verhältnisse - Klausurtagung der CDU zum Haushalt des Landkreises

„Katastrophale Haushaltspolitik“ – auf diesen Nenner bringt die CDU das Agieren der Kreistagskoalition in Finanzfragen. Die Christdemokraten hatten sich am Donnerstagabend in Thyrow zur Klausursitzung zum Kreis-Etat 2012 zusammengefunden. Ihr Urteil über das Zahlenwerk fiel – erwartungsgemäß – vernichtend aus. „Der angeblich ausgeglichene Haushalt ist eine Luftnummer. Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit waren und sind Fremdwörter für die Haushaltspolitik im Landkreis Teltow-Fläming“, fasst der CDU-Kreisvorsitzende Danny Eichelbaum zusammen.

Und wenn die Konservativen schon mal dabei sind, Nein zu sagen, machen sie gleich weiter. „Der Schulterchluss zwischen Landkreis und Kommunen ist uns wichtig, deshalb lehnen wir die Erhöhung der Kreisumlage ab“, lässt Eichelbaum wissen. Und warum? „Die Kommunen dürfen nicht für die jahrelange Miswirtschaft des Landkreises in Mithaftung genommen werden. Nach wie vor lebt der Landkreis über seine Verhältnisse.“ Allein seit der Doppik-Einführung vor drei Jahren sei ein strukturelles Ausgabedefizit von mehr als 20 Millionen Euro entstanden.

„Nur noch über Kassenkredite in Höhe von 37 Millionen Euro kann sich der Landkreis Teltow-Fläming über Wasser halten“, berichtet der CDU-Kreischef. „Wenn jetzt nicht die Notbremse gezogen wird, drohen uns zudem ab dem nächsten Jahr griechische Verhältnisse“, steht für Eichelbaum fest.

Beim Schimpfen belässt es die CDU nicht. Sie unterbreitet Spar-Vorschläge. So fordert sie für den laufenden Haushalt eine Ausgabenreduzierung in Höhe von zwei Millionen Euro. Und es sollen im Landratsbereich die Personalausgaben um den geplanten Zuwachs in Höhe von 500 000 Euro eingespart werden. Die Aufwendungen für die Verwaltungstätigkeit im Museumsdorf Glashütte, die „Jahr für Jahr nahezu explodiert“ sind, sollen von 300 000 auf 200 000 Euro gesenkt werden. In allen Produktbereichen sollen die Sachausgaben um zwei Prozent gesenkt werden.

Gleichzeitig schlägt die CDU vor, dass pro Jahr fünf Prozent der Stellen in der Verwaltung gespart werden.

Zudem sollte der Verkauf des Flugplatzes Schönhagen und des Biotechnologieparks Luckenwalde geprüft werden. Die Landwirtschaftsschule, die Immobilien des Museumsdorfs Glashütte und das Schullandheim in Dobbrikow sollten auf andere Träger übergehen, das Eigentum an der Fläming-Skate an die Gemeinden übertragen werden. Die Verlustausgleichszahlungen an die kreiseigenen Gesellschaften sollen auf 500 000 Euro pro Jahr begrenzt werden.

*Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 22.02.2012*



Kreisbauernntag in Jüterbog am  
08.02.2012

## **Siamesische Zwillinge - Politiker zum Wulff-Rücktritt und seinen Folgen**

Der Rücktritt von Bundespräsident Christian Wulff ist „wichtig und richtig“. So urteilte gestern der CDU-Kreischef Danny Eichelbaum. Insoweit sind sich die hiesigen Spitzen-Politiker einig. Etwas anders sieht es aus, wenn es um Rückschlüsse auf den Landkreis Teltow-Fläming geht, in dem Korruptionsermittlungen unter anderem gegen Landrat Peer Giesecke (SPD) laufen.

„Die causa Christian Wulff und die causa Peer Giesecke sind siamesische Zwillinge“, urteilt Eichelbaum. „Wir haben einen Landrat, der ebenfalls darauf wartet, ob gegen ihn Anklage erhoben wird oder nicht.“ Dies belaste die Amtsführung des Landrats, die Arbeit der Kreisverwaltung und die Kreispolitik seit Monaten. „Es ist es an der Zeit, dass auch Landrat Peer Giesecke persönliche Konsequenzen prüft, die Christian Wulff bereits gezogen hat.“

Auch die als Giesecke-Kritikerin bekannte Bürgermeisterin von Zossen, Michaela Schreiber (Plan B), zieht Parallelen zwischen beiden Vorgängen. Wulffs Schritt nennt sie unausweichlich, weil mit der beabsichtigten Aufnahme von Ermittlungen „der Punkt überschritten wurde“. Bei Giesecke sieht es in ihren Augen nicht wesentlich anders aus. „Ich hatte schon vor längerer Zeit erwartet, dass seine Partei die Notbremse zieht“, sagte sie – spätestens nachdem es Durchsuchungen bei Giesecke gab. Nun geht sie davon aus, dass ein Rücktritt fällig wäre, wenn

Giesecke angeklagt wird. „Wenn es viele Vorwürfe in erheblichem Umfang gibt, ist er nicht mehr haltbar“, sagte sie.

SPD-Kreischef Frank Gerhard nannte Wulffs Rücktritt „überfällig“, da dieser „seine eigenen hohen Maßstäbe nicht erfüllt“ habe. Die Nähe zu Unternehmern sei zu groß gewesen – gemeinsame Urlaube oder das Nutzen einer Finca gingen zu weit. Er will Wulff als oberstes Staatsoberhaupt aber nicht mit einem Landrat vergleichen. Zumal ein kommunaler Wahlbeamter bei einem Rücktritt alle beamtenrechtlichen Versorgungsansprüche verlöre. Er sieht Verwaltungschefs ohnehin in einer Zwickmühle, da von ihnen Kontakte zur Wirtschaft und unbürokratisches Handeln gefordert werden.

Linken-Kreischefin Kornelia Wehlan und Peer Giesecke waren gestern für Stellungnahmen nicht zu erreichen.

*Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 18.02.2012*



BB Radio Stadtwette in Jüterbog  
am 07.03.2012



Einweihung der neuen  
Mehrzweckhalle in Mellensee  
am 10.02.2012

## Schulen in Sorge - CDU-Diskussionsrunde in Jüterbog

Zwei Stunden lang diskutierten Schulleiter und CDU-Politiker am Donnerstagabend über aktuelle Fragen der Bildungspolitik im Land Brandenburg. In der Evangelischen Grundschule Jüterbog waren unter anderem Danny Eichelbaum, juristischer Sprecher und Landtagsabgeordneter, und Gordon Hoffmann, bildungspolitischer Sprecher der CDU Brandenburg, zu Gast. Die kleine Runde diskutierte unter anderem die geplante Verfassungsklage der Opposition gegen eine Änderung des brandenburgischen Schulgesetzes. Damit wollen sich die Schulen in freier Trägerschaft gegen Kürzungen der Zuschüsse wehren. Auch darüber, mit welchen Vorurteilen freie Schulen oft zu kämpfen hätten, und über den befürchteten Lehrermangel in den kommenden Jahren wurde gesprochen. Für die Schulleiterin der Evangelischen Grundschule Jüterbog, Maria Langnickel, war die Zusage von Siegfried Zenker vom Träger, dem Diakonischen Werk, das Schulgeld nicht zu erhöhen, eine wichtige Aussage. Er versicherte an dem Abend, dass die entstehenden finanziellen Defizite nicht auf diesem Wege kompensiert werden würden. Zunächst werde die Entscheidung des Landesverfassungsgerichts abgewartet, bevor man über andere Wege nachdenkt, wie die fehlenden Zuschüsse künftig ausgeglichen werden könnten, um die Schulen nicht schließen zu müssen.

Die Klageschrift, an der derzeit gearbeitet wird, solle zum 31. April eingereicht werden, teilte Danny Eichelbaum am Donnerstag mit.

*Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 11.02.2012*



Bildungspolitischer Abend der CDU und der JU in der Evangelischen Grundschule Jüterbog am 09.02.2012

Geburtstag Kita Löwenzahn in Großbeeren am 21.03.2012



## **Klare Opposition“ und „übermenschliche“ Merkel - CDU-Kreisverband lobt die Bundes- und kritisiert die Landespolitik**

Der Fluglärm von Schönefeld und die Korruptionsvorwürfe gegen den Landrat und den Bundespräsidenten prägten als Themen den Neujahrsempfang der CDU Teltow-Fläming am Sonnabend. Kreisvorsitzender Danny Eichelbaum und Geschäftsführerin Karin Mayer hatte dazu nach Großbeeren eingeladen.

Politprominenz wie Katherina Reiche, Staatssekretärin im Bundesumweltministerium, Bundestagsabgeordnete Andrea Voßhoff und die CDU-Landtagsmitglieder Dieter Dombrowski, Steeven Breetz und Ludwig Burkhardt gehörten ebenso zu den Gästen wie Großbeeren Bürgermeister Carl Ahlgrimm (parteilos), Mitglieder des Ortsverbandes der Union sowie Unternehmer und Vertreter von Vereinen wie der Freiwilligen Feuerwehr Großbeeren.

Danny Eichelbaums Bilanz für Deutschland 2011 lautete: „Es gab Sonnen- und Schattenseiten. Zum Positivsten gehört zweifellos die seit 20 Jahren niedrigste Arbeitslosenzahl.“ Nicht gut kam der Landkreis bei Eichelbaum weg: Im Kreis unter Führung der Kooperation von SPD, Grünen, Linker, FDP und Bauernverband- Eichelbaum: „Volkskammerfraktion“ – herrsche Stillstand. Ein Zeichen dafür sei die Nichtgenehmigung des Kreishaushalts. „Und wir warten auf die Anklageerhebung gegen den Landrat wegen Korruption“, sagte Eichelbaum.

Hinsichtlich des Umgangs mit ihrer Stasivergangenheit attestierte der CDU-Kreisvorsitzende der Linkspartei, mit schuld an der Politikverdrossenheit der Bürger zu sein. Für die CDU sieht Eichelbaum die Chance, das umzusetzen, was das Volk will. „Deshalb müssen wir die Flugrouten- und Fluglärmgegner ernst nehmen, im Bürgerdialog bleiben und Meinungen erfragen“, sagte er und versprach, dass dies das zentrale Anliegen des CDU-Kreisverbandes 2012 sein werde.

Dieter Dombrowski nutzte die Gelegenheit, die von SPD und Linker getragene Landesregierung zu kritisieren: „Sie hat keine klare Handlungslinie und das, was fortgeführt wird, hat die CDU angeschoben.“ Daher blicke er mit „großer Sehnsucht“ auf die Landtagswahl im Jahr 2014. „Wahlumfragen zeigen, dass die CDU in Brandenburg auf dem richtigen Weg ist. Wir fahren eine klaren Oppositionskurs und bleiben in der Sache hart. Wir wollen die Verhältnisse in Brandenburg ändern.“ Die Korruptionsvorwürfe gegen Landrat Peer Giesecke kommentierte Dombrowski mit den Worten: „Irgendwann findet jeder seinen Richter.“

Katherina Reiche wiederum lobte die Leistung von Bundeskanzlerin und Unions-Bundesvorsitzender Angela Merkel. Sie habe im schwierigen Jahr 2011 „Übermenschliches geleistet“. Und das wüssten die Bürger zu schätzen, denn in Umfragen liege die CDU wieder bei über 36 Prozent. Reiche kritisierte indes die „Kampagne“ gegen Bundespräsident Christian Wulff. Zudem sei sie verwundert, „dass gerade die Linke diesbezüglich die Pressefreiheit derart verteidigt“.

Speziell zu den Flugrouten und zum Fluglärm, Themen die nicht nur den Großbeerenern auf den Nägeln brennen, sagte Reiche: „Ich hoffe, dass die Gutachter-Empfehlungen aus dem Bundesumweltamt Einfluss nehmen auf die Betreibung des neuen Flughafens in Schönefeld.“ Das Amt untersteht Reiches Umweltministerium.

Auch die Bundestagsabgeordnete Andrea Voßhoff würdigte in ihrer Rede die Leistungen der CDU auf Bundesebene. Man habe mit Angela Merkel viel erreicht. Sie zitierte Konrad Adenauer: „Wir können nicht zaubern, aber arbeiten.“ (Von Heidi Borchert)

*Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 16.01.2012*

## Ausgewählte Termine im Monat April

- 02.04.2012  
- 18.30 Uhr Sitzung des CDU-Kreisvorstandes Teltow-Fläming in Thyrow
- 03.04.2012  
- 10 Uhr Sitzung der CDU Landtagsfraktion Brandenburg in Potsdam  
- 12.30 Uhr Sitzung des CDU Arbeitskreises Innen-und Rechtspolitik in Potsdam  
- 18.30 Uhr CDU Informationsveranstaltung "Wie sicher leben wir in Teltow-Fläming?" in Ludwigsfelde
- 04.04.2012  
- 17.30 Uhr Sitzung des Landesvorstandes des Arbeitskreises Christlich Demokratischer Juristen in Potsdam
- 09.04.2012  
- 10 Uhr MAZ Osterwanderung in der Gemeinde Am Mellensee
- 10.04.2012  
- 10 Uhr Sitzung der CDU-Landtagsfraktion in Potsdam  
- 12.30 Uhr Sitzung des CDU Arbeitskreises Innen-und Rechtspolitik in Potsdam
- 17.04.2012  
- 10 Uhr Sitzung der CDU Landtagsfraktion in Potsdam  
- 12.30 Uhr Sitzung des CDU Arbeitskreises Innen-und Rechtspolitik in Potsdam  
- 17 Uhr Frühlingstour von Dr. Saskia Ludwig MdL in Thyrow
- 19.04.2012  
- 10 Uhr Sitzung des Rechtsausschusses des Landtages in Potsdam  
- 19 Uhr CDU Mitgliederversammlung in Jüterbog
- 23.04.2012  
- 9 Uhr ÖPNV Regionalkonferenz in Potsdam  
- 17 Uhr Sitzung des Kreisausschusses in Luckenwalde
- 24.04.2012  
- 10 Uhr Sitzung der CDU-Landtagsfraktion in Potsdam  
- 12.30 Uhr Sitzung des CDU Arbeitskreises Innen-und Rechtspolitik in Potsdam  
- 14 Uhr Sitzung der Parlamentarischen Kontrollkommission in Potsdam
- 25.04.2012  
- Plenum des Landtages Brandenburg in Potsdam (ganztägig)
- 26.04.2012  
- Plenum des Landtages Brandenburg in Potsdam (ganztägig)

*Impressum:* Wahlkreisbüro Danny Eichelbaum MdL, Albert-Tanneur-Straße 27, 14974 Ludwigsfelde  
Tel: 03378/5480888 Fax: 03378/5480886 E-Mail: info@danny-eichelbaum.de